



An den Grossen Rat

14.5191.02

JSD/P145191

Basel, 18. Juni 2014

Regierungsratsbeschluss vom 17. Juni 2014

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend «gibt Basel-Stadt Adressen weiter?»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Es gibt Kommunen, die können die Meldedaten ihrer Einwohner weiter geben. Und sie verdienen gut daran. Die Volks-Aktion verlangt eine Gesetzesänderung. Wir sammeln schon Unterschriften.

Tausende Adressen aus ihren Melderegistern geben diverse Kommunen Jahr für Jahr an Privatleute. Städte und Kommunen dürfen sich nicht zum Diener von Adresshändlern machen. Wir verlangen eine Gesetzesänderung, die eine Weitergabe für private Zwecke nur bei Vorliegen einer vorherigen schriftlichen Einwilligung der Betroffenen erlaubt.

1. Wird in Basel eine Statistik zu Melderegisterauskünften geführt? Wenn nein, warum nicht?
2. Wie viele Anfragen gingen in Basel in 2011 und 2012 zu einfachen Melderegisterauskünften ein?
3. Wie viele Gebühren sind dabei eingegangen?
4. Wie viele Basler Einwohner haben der Datenweitergabe widersprochen?
5. Was muss man konkret unternehmen, wenn man eine Datenweitergabe nicht will?

Eric Weber“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Eine Statistik über die Melderegisterauskünfte wird in Basel-Stadt nicht geführt. Wer seine Daten sperren lassen möchte, kann dies dem Einwohneramt melden

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin